



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/5 - 7. Januar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 04894-88
Fernschreiber 0886890

Hinweise
zum Inhalt:

Bemerkungen zur Maier-Rede	S. 1
Indonesien in der Zerraisprobe	S. 3
Zum Parteitag der Berliner SPD	S. 5
Warum kein Handelsvertrag mit Moskau ?	S. 7

"Nicht unbedingt entscheidendes Politikum"

ap. Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, dessen Wahl zum neuen Bundesvorsitzenden der FDP jetzt wohl nach dem Verzicht Dehlars sicher sein dürfte, hat mit seiner am Sonntag in Stuttgart gehaltenen Rede den Versuch unternommen, den Freien Demokraten wieder etwas Selbstbewusstsein zu geben. Nach der Spaltung im vergangenen Jahr, den teilweise recht erheblichen Verlusten bei den Kommunalwahlen und nicht zuletzt auf Grund der oft irritierenden Reden Dr. Dehlars hatte sich der Freien Demokraten eine gewisse Unsicherheit bemächtigt, die es fraglich erscheinen liess, ob es ihnen gelingen würde, bei der kommenden Bundestagswahl als geschlossene politische Partei aufzutreten. Dr. Maier musste daher von vornherein bestimmte Abgrenzungen sowohl zur CDU, wie auch zur SPD formulieren, um sich den Anschein des Interpreten liberaldemokratischer Anschauungen geben zu können, die auch heute noch für zahlreiche unpolitische Menschen Ausgangspunkt politischer Überlegungen sind.

Maier tat dies mit der bei ihm gewohnten Kunstfertigkeit. Er setzte sich vor der Außenpolitik des Bundeskanzlers ab, ohne allzu aggressiv zu werden, warnte aber gleichzeitig seine Parteifreunde vor einer "schwarz-roten Koalition". Um diese "Gefahr" so eindrucksvoll wie möglich darzustellen, streute Dr. Maier in sein Referat einige dunkle Andeutungen über angebliche Verbindungen zwischen der Sozialdemokratie und dem sogenannten sozialen Flügel der CDU ein und paradierte ausserdem

7. 1. 1957

mit einiger schon etwa 70 Jahre alten wirtschaftspolitischen Anwürfen eines überholten Liberalismus gegen die SPD.

Damit glaubt Dr. Maier wahrscheinlich, die Distanzen nach beiden Seiten hin abgesteckt und jene Atmosphäre geschaffen zu haben, von der er sich zu versprechen scheint, dass sie den Freien Demokraten bei der kommenden Bundestagswahl zuträglich ist. Der vorsichtige Schwabe Maier dürfte sich aber hinreichend darüber im klaren sein, dass seine Warnungen vor einer "schwarz-roten Koalition" kaum mehr zu bedeuten haben, als etwa ein Schuss, den ein Jäger in den blauen Himmel feuert, um auszuprobieren, ob sein Gewehr noch funktioniert. Maier ist nämlich viel zu intelligent, um zu wissen, dass sich keine politische Partei - und erst recht nicht die Sozialdemokratie - durch eine Rede auf ihre Haltung festlegen lässt. Was die SPD von der Kanzlerpolitik und damit von der Politik der CDU hält, ist so hinreichend bekannt, dass sie - besonders im Hinblick auf ihr gutes Verhältnis zur FDP in Nordrhein-Westfalen - nicht notwendig hat, sich mit den sehr dunklen Andeutungen Maiers an dieser Stelle auseinanderzusetzen. Aber unabhängig davon: Die zukünftige Gestaltung der deutschen Politik hängt vom Wähler ab. Der Wähler muss in diesem Jahr sagen, welche Richtung er der deutschen Politik zu geben wünscht und alle Parteien werden sich diesem Votum zu fügen haben. Dieser Grundsatz demokratischen Denkens ist Herrn Dr. Maier genau so geläufig wie uns und er wird sicher niemandem böse sein, der feststellt, dass die Stuttgarter Rede vornehmlich dem Zweck diene, der FDP einerseits wieder etwas "Gesicht" zu geben, andererseits sich aber auch alle Türen offen zu halten. Zugegeben, das ist ein Kunststück. Aber wie sollte sich eine Partei anders verhalten, die ob ihrer buntschillernden Meinungsverschiedenheiten über entscheidende Fragen der deutschen Politik in der letzten Zeit mehr als einmal Gefahr gelaufen ist, dasselbe Schicksal zu erleiden, wie die deutsche demokratische Partei und spätere Staatspartei in der Weimarer Republik.

Der Versuch des deutschen Liberalismus, sich als politische Partei zu behaupten, obwohl die Begriffe liberal im besten Sinne des Wortes und Toleranz heute für jeden Demokraten Richtschnur seines Handelns sind, nötigt zum Respekt, muss aber nicht unbedingt als entscheidendes Politikum der Gegenwart gewertet werden.

Von Bandung bis Sumatra

Unser Mitarbeiter, der mehrere Monate in Indonesien weilte und dort einen Einblick in die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des jungen Staates erhielt, versucht, die augenblicklichen Vorgänge in Indonesien zu analysieren:

D.Str. Die sich überstürzenden Ereignisse in Indonesien (Rebellion in Sumatra, Untergrundtätigkeit in den Südmolukken, Rücktrittsdrohung der Minister der islamitischen Masjumi-Partei, Rücktritt Dr. Mohammed Hattas als stellvertretender Staatspräsident, die Korruptions-Affäre um den amtierenden und zur Zeit suspendierten Außenminister Ruslan Abdulgani und die ständigen Übergriffe der rechteradikalen islamitischen Gruppe "Darul Islam") lenkten die Blicke der Weltöffentlichkeit auf die Gruppe der grossen Sunda-Inseln (Sumatra, Java, Borneo, Celebes) und der kleineren Schwestern (Madura, Bali, Flores, Timor). Dieses von der holländischen ostindischen Compagnie im ausgehenden Mittelalter kolonisierte Inselreich war bis zum 17. August 1945 niederländisches Schutzgebiet, erlebte einen fast vierjährigen Bürgerkrieg zwischen der revolutionären Regierung unter der Führung der linksnationalen Politiker Dr. Achmed Sukarno und Dr. Mohammed Hatta, dem Sozialdemokraten Sutan Sjahrir und dem islamitischen modern denkenden Sultan von Djokjakarta, Hamengkubono XVI. auf der einen und der ehemaligen niederländischen Schutztruppe auf der anderen Seite. Eine von der UNO arrangierte "Runde-Tafel-Konferenz" führte am 27. Dezember 1949 zur endgültigen Souveränitätsübertragung, die "Republik Indonesia Serikat", ein Bundesstaat, wurde in den Kreis der Nationen aufgenommen.

Schon Anfang 1950 begann die Bundesregierung in Djakarta die Föderation aufzulösen und eine Zentralregierung zu errichten. Diese Massnahme ist die Wurzel aller Übel, die Indonesien im Laufe der Jahre heimsuchten. Auch oder gerade die Wirren dieser Tage haben ihren Ursprung in der abrupt vollzogenen Zentralisierung. Die Reaktionen im Lande waren sofort spürbar. Im Januar 1950 marschierte der militärpolitische Hasardeur "Turk" Westerling, ein Holländer, auf Bandung und verwickelte die junge indonesische Truppe in eine kurze Schlacht. Er wurde gedeckt durch den Sultan von Pontianak (Borneo) Hamid II., der

7. 1. 1957

nicht nur ein indonesischer Nationalist sondern auch ein radikaler Föderalist war. Kurze Zeit später mussten indonesische Truppen Ambon besetzen, eine Insel des Archipels, weil auch hier die föderativen Kräfte sich nicht beugen wollten; auf den Melukken begann ein regelrechter Kleinkrieg mit der Bevölkerung, der bis zur Stunde noch nicht beendet ist. In Nordsumatra standen die Bataker zwar nicht gegen den indonesischen Präsidenten Sukarno auf, der, wie Hatta, als Idol der Freiheit gilt, wohl aber gegen die zentralistische Regierungsform, die ihre landsmannschaftlichen Belange nicht genügend beachtete. Jetzt sind in Sumatra wiederum die Unruhen ausgebrochen - deutliche Warnungen an Djarkarta, die zentralistischen Fesseln zu lockern.

Es führt also eine Linie von Bandung 1950 nach Sumatra 1956. Zieht man ein Fazit aus diesen Kämpfen mit den sogenannten "Aufständischen", so ergibt sich, dass es nicht ihr Ziel ist, das freie Indonesien zu erschüttern und seinen Präsidenten Sukarno zu entmachten, sondern dass diese politischen Gruppen den landsmannschaftlichen Charakter der malaisischen Volksstämme gewahrt wissen wollen. Im Falle Sumatra, dem der Rücktritt Mohammed Hattas vorausging, wurde der amtierenden Regierung Ali Sastroamidjojo vorgeworfen, sie honoriere die Exportleistungen Sumatras nicht genügend, ferner sei die Besteuerung zu hoch. Ausserdem musste sich die Regierung Sastroamidjojo der Korruption zeihen lassen; ihr Aussenminister Ruslan Abdulgani stellte deswegen als unmittelbar Betroffener Amt und Würden zur Verfügung.

Kun sucht dieses Land in der Zerrreisprobe einen starken Mann, der Ordnung schafft. Dieser Mann heisst Mohammed Hatta, der Souveränitätspremier des Jahres 1949. Er muss in die Deichsel zurück, in der zur Zeit der temperamentvolle Sukarno allein den Karren zieht. Der ausgleichende Realismus Hattas ist dringend von Nöten, soll nicht das schadenfrohe Lächeln kolonialimperialistischer Kräfte den Sieg davontragen, das nämlich bedeutet: "Wir haben es ja immer gesagt, dass es in Indonesien schief geht".

In der Deutschlandfrage aktiv werden !

BZ - Berlin

Die Berliner SPD hat auf ihrem Landesparteitag am Wochenende ein Programm der dringenden politischen Aufgaben des Jahres 1957 entwickelt und mit tiefem Ernst diskutiert, das weit über Berlin hinaus die Entschlossenheit der Gesamtpartei zur Lösung der von Bonn immer wieder hinausgeschobenen politischen Probleme zum Ausdruck bringt. Dr. Adenauer und seiner CDU dürfte der eindrucksvolle Verlauf dieses SPD-Parteitages umso weniger ins Konzept passen, als man sich noch einen Tag vor Beginn der SPD-Tagung der Hoffnung hingab, es werde zu einer Führungskrise in der Berliner SPD kommen. Als die CDU freilich erkennen musste, dass ihre Spekulationen grundlos waren, liess man durch das offizielle Berliner CDU-Organ verkünden, den SPD-Funktionären fehle es eben an "Courage" ihre angeblichen Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Offensichtlich wollte die CDU mit ihrer diffamierenden Begleitmusik von den zunehmenden Divergenzen ablenken, die nach dem Schiffbruch der Adenauer-Politik im eigenen Parteilager selbst in grundsätzlichen Fragen bestanden.

Hauptpunkt des Berliner SPD-Programms, wie er selbstverständlich gerade in Berlin besonders deutlich in Erscheinung treten musste, ist die verstärkte Anstrengung, die sich durch die rasch wandelnde Weltlage ergebenden neuen Chancen für die Wiedervereinigung auszunutzen und in erster Linie alles zu unternehmen, um ein allgemeines europäisches Sicherheitssystem zu schaffen.

Das vom Berliner Parteitag einstimmig angenommene 8-Punkte-Programm bringt nicht nur die Sympathie und Solidarität mit allen Kräften zum Ausdruck, die in europäischen Osten um nationale Unabhängigkeit, persönliche und politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit kämpfen, sondern fordert auch die Bereitschaft der Bundesrepublik zur sachlichen Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn Deutschlands. Wie sehr gerade hierin die Möglichkeit zu einem Vorwärtsbringen der Deutschen Frage erblickt wird, zeigte die in der Diskussion aufgestellte Forderung, Kontakte mit jenen Kräften in Osteuropa aufzunehmen, die ihre volksfremde Diktatur abschütteln und demokratische Verhältnisse erkämpfen wollen. Auch der erste Kontakt, der von den polnischen Missionschef

7. 1. 1957

in Westberlin mit dem Senat gesucht wurde, fand in diesem Zusammenhang die ungeschränkte Zustimmung des Parteitages.

Wie stark das echte Bemühen der SPD um die Wiedervereinigung ist, geht auch aus der Forderung hervor, mehr als bisher schon jetzt die praktischen Fragen zu klären, die sich aus einer Wiedervereinigung ergeben. Unter konsequenter Ablehnung aller Anbiederungsversuche der SED - einige dem Parteitag zugesandte SED-Telegramme ernteten nur höhnisches Gelächter - traten Franz Neumann als Referent und zahlreiche Diskussionsredner dafür ein, dass Bonn nun endlich der Zonenbevölkerung zu sagen hat, was nach dem Tag X geschehen soll. Die Wiedervereinigung dürfte niemals zu einem Puzzelspiel kolonialwirtschaftlicher Ausflüge des westdeutschen Grosskapitals werden, erklärte der Berliner SPD-Vorsitzende unter dem stürmischen Beifall des Parteitages.

Die Berliner SPD stellt fest, dass bezüglich des Komplexes "Volkseigentum" aus Gründen der Entschädigung und auch des Gemeinwohls nach der Wiedervereinigung die Rückgabe an den ehemaligen Besitzer gefordert werden muss, dass aber in Hinblick auf die Grossindustrie und den Grossgrundbesitz andere Lösungen an das Vorhandene anknüpfen müssen. Was auch immer geschehe, das müsse nach rechtsstaatlichen Grundsätzen und unter ausreichender öffentlicher Kontrolle durchgeführt werden. Das gesellschaftliche System in der Zone habe einschneidende Änderungen erfahren, die - wenn man sie dem Einfluss der kommunistischen Diktatur entziehe - als fortschrittlich betrachtet werden könnten. Franz Neumann erinnerte in diesem Zusammenhang an die Regelung der Sozialversicherungsfrage und an die Brechung des Bildungsmonopols.

Berlin stärken !

Zur Leidwesen der Bonner Regierung machte es der SPD-Parteitag in Berlin erneut klar, dass nun endlich als eine der ersten praktischen Massnahmen für die Vorbereitung der Wiedervereinigung hauptstädtische Aufgaben nach Berlin verlegt werden müssen. Die vor kurzem vom Vertreter der Bundesregierung in Berlin der Presse gegebenen Zahlen über bereits jetzt vorhandene Bundesbeamte und Bundesangestellte in Berlin sind falsch. Die von der Bundesregierung vorgebrachten Argumente gegen die Verlegung von Regierungsstellen nach Berlin, wie zum Beispiel der

Viermächtestatus dieser Stadt und die angeblich gefährdete Sicherheit, wurden mit dem Hinweis beantwortet, dass die Anzweiflung der Sicherheit praktisch eine Misstrauenserklärung gegenüber der Westmächtegarantie für Berlin und gegenüber den sonst immer beschworenen NATO-Verbündeten bedeutet. Im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Bonner Regierung gegenüber Berlin als Hauptstadt Deutschlands forderte der Berliner Parteitag der SPD erneut die volle Stimmberechtigung der Berliner Abgeordneten im Bundestag und die Teilnahme der Westberliner Bevölkerung an der Bundestagswahl.

Die Forderungen der Berliner SPD an die Bundesregierung, zu denen auch die Bereitstellung von Mittel gehört, um Berlin die Möglichkeit zu geben, seinen besonderen gesamtdeutschen Verpflichtungen auf kulturellem Gebiet nachkommen zu können, wird die Bundesregierung zwingen, in der Frage ihres gesamtdeutschen Inliegens Farbe zu bekennen. Das starke Echo, das die Berliner Forderung nach praktischen Schritten zur Unterstreichnung des Hauptstadtcharakters von Berlin selbst in Kreisen der Regierungskoalition gefunden hat, zeigte sich in einer verstärkten Nervosität in den Bonner Amtsstuben. Der Berliner SPD-Parteitag wird diese Ausweglosigkeit im Lager Adenauers nur noch verstärken.

+ + +

Unverständliches Zögern Bonn

sp. Wiederholt hat die Sowjetunion ihren Wunsch nach Abschluss eines regulären Handelsvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland bekundet und im Zusammenhang damit eine gleichzeitige Regelung anderer Differenzen dabei in Aussicht gestellt. Erst kürzlich wusste die internationale Presse zu berichten, der sowjetrussische Minister für den Außenhandel, Mikojan, habe die Absicht, in die Bundesrepublik selbst zu kommen, um den Abschluss eines solchen Vertrages, an dem Moskau sehr viel liegt, zu beschleunigen. Das offizielle Bonn beantwortete diesen offensichtlich von der Sowjetunion indirekt gemachten Versuch einer direkten Fühlungnahme in verächtiger Eile mit dem Hinweis, davon sei nichts bekannt. Es ist leider nicht anzunehmen, dass Botschafter Smirnow in seinem Weihnachtsgespräch mit dem Bundeskanzler besser abschnitt.

Die Bundesregierung wendet sich zwar nicht gegen eine Ausweitung

7. 1. 1957

des Handels mit der Sowjetunion - so ist das Handelsvolumen im letzten Jahr im Vergleich zu früheren Jahren beträchtlich angewachsen - aber sie schiebt den Abschluss eines regulären Handelsvertrages immer wieder hinaus. In der kürzlich abgehaltenen Bundestagsdebatte über den Osthandel vermochte Außenminister von Brentano keine überzeugenden Gründe für dieses Zögern vorzubringen, um so mehr als sich Adenauer bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau selbst zu Handelsvertragsverhandlungen verpflichtet hatte. Mächtige Einflüsse im Auswärtigen Amt wollten und wollen davon jedoch nichts wissen. Nach Brentanos Auffassung setzt der Abschluss eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion ein "besseres Verhältnis" voraus als es gegenwärtig zwischen Bonn und Moskau der Fall ist. Der gleiche Brentano aber sagte in jener Bundestagsdebatte, er sei nicht der Meinung, "dass wir Politik um der Wirtschaft willen zu treiben haben". Das ist eine gewiss sehr löbliche Erkenntnis, nur wäre zu wünschen, dass in der Praxis nicht so viel dagegen gesündigt würde.

Handelsverträge gehören zum Charakter normaler Beziehungen zwischen den Staaten, ganz abgesehen davon, dass sie den daran beteiligten Partnern erhöhten Rechtsschutz und sonstige Vorteile gewähren. Die Zurückhaltung Bonns ist wahrlich nicht geeignet, in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion jenes Klima herbeizuführen, das wir brauchen, wenn wir in der Wiedervereinigung vorankommen wollen. Die deutsche Politik verlangt in dieser Hinsicht ein Höchstmass von Normalisierung, sie kann es sich einfach nicht leisten, hier in Positionen des Kalten Krieges zu verharren. Bonns unverständliches Zögern wirkt sich, auf lange Sicht gesehen, gegen unsere eigenen Lebensinteressen aus; es ist eine Politik, die über das Heute hinaus nicht zu führen vermag.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel